

A15 Neu Ä2 (ModÜ), 3

Antrag

Initiator*innen: Tobias Goldschmidt (KV Plön)

Titel: **Für ein robustes und umfassendes
Sicherheitsversprechen des Staates an seine
Bürgerinnen und Bürger**

Antragstext

1 Der seit drei Jahren fortwährende brutale Angriffskrieg Putins gegen die
2 Ukraine, die neue Rolle der USA unter Trump und die sich rasant verschärfenden
3 sozialen und ökologischen Krisen unserer Zeit stellen die Menschen in
4 Deutschland, Europa und der Welt vor in der Komplexität bisher nicht dagewesene
5 Herausforderungen.

6 Im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts ist die Welt unsicherer geworden. Das
7 nach Ende des Kalten Krieges herbeigesehnte „Ende der Geschichte“ und der damit
8 verbundene Siegeszug der Demokratie westlicher Prägung in einer multipolaren
9 Welt sind eine unerfüllte Hoffnung geblieben.

10 In der jetzt vor uns liegenden Dekade braucht es umso mehr politische
11 Entschlossenheit, europäische Integration und ein ebenso gestärktes wie
12 inhaltlich erweitertes Sicherheitsversprechen des Staates an seine Bürger*innen.
13 Dieses robuste Sicherheitsversprechen muss neu definiert werden und geht weit
14 über militärische Sicherheit hinaus.

15 Aus diesem Verständnis leiten sich für Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein
16 folgende Punkte ab:

17 **Der neuen Sicherheitsarithmetik robust begegnen**

- 18 • Putins Krieg gegen die Ukraine ist ein Angriff auf unseren Frieden, auf

19 die europäische Einheit, auf unsere freie, offene und demokratische
20 Gesellschaft. Deutschland muss fest an der Seite der Ukraine stehen - mit
21 diplomatischer, finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung.

- 22 • Die Zeichen aus den USA sind eindeutig: Europa muss noch stärker in die
23 Verantwortung gehen. Deshalb passt es nicht mehr in die Zeit, dass
24 Verteidigung und Bevölkerungsschutz durch die starren Regeln der
25 Schuldenbremse ausgebremst werden. Wir haben hier seit langem
26 Veränderungen gefordert und nehmen die Kehrtwende der CDU nun wenige Tage
27 nach der Bundestagswahl zur Kenntnis. Endlich!

- 28 • Insbesondere Schleswig-Holstein als Ostsee-Anrainer braucht gut
29 ausgestattete Sicherheitsbehörden, eine starke Bundeswehr und eine gut
30 sortierte NATO. Wir werden die Bundeswehr, ebenso wie die Polizei, den
31 Verfassungsschutz und die Organisationen des Bevölkerungsschutzes hier im
32 Land weiter nach Kräften unterstützen.

- 33 • Der digitale Raum kennt keine Landesgrenzen. Putin und andere Autokraten
34 greifen unsere Infrastrukturen gezielt an. Spionage und Sabotage sind
35 längst an der Tagesordnung. Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie beweist
36 sich auch hier. Daher setzen wir uns weiterhin für einen effektiven und
37 einheitlichen Schutz von Bevölkerung, Behörden und Betrieben ein. Die neue
38 Bundesregierung fordern wir auf, die NIS2- und die CER-Richtlinie der EU
39 umgehend in nationales Recht umzusetzen und schnellstmöglich ein Kritis-
40 Dachgesetz vorzulegen. Um den Kritis-Schutz in Schleswig-Holstein zu
41 stärken, regen wir die Schaffung einer dauerhaften Plattform an, die den
42 Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Sicherheits- und
43 Aufsichtsbehörden, Organisationen des Zivil- und Bevölkerungsschutzes,
44 Verwaltungen, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die viel
45 Know-How einbringen, institutionalisiert fördert.

- 46 • Sanktionen gegen Putin müssen europäisch strikt durchgesetzt werden. Die
47 Düngemittelimporte aus Russland sind nichts anderes als eine Umgehung des
48 europäischen Energieembargos, die unsere Landwirtschaft abhängig machen.
49 Neben Drohnenüberflügen zu Spionagezwecken ist Russlands Schattenflotte
50 auf der Nord- und Ostsee eine konkrete Gefahr für unsere kritische
51 Infrastruktur und im Falle einer Havarie auch für die ohnehin massiv
52 geschädigte Meeresumwelt. Deshalb fordern wir eine effektive Kontrolle der
53 Schiffe, Lotsenpflichten und europäische Sanktionen gegen die
54 Schattentanker sowie die Einführung einer Versicherungspflicht für Schiffe

55 in deutschen Gewässern.

56 **Sicherheitsorientierte Energiepolitik**

- 57 • Die Energieabhängigkeit Deutschlands von Öl- und Gasimporten hat uns
58 verwundbar gemacht. Wir werden den eingeschlagenen Weg der Umstellung auf
59 Erneuerbare Energien (sowie der Diversifizierung) weitergehen. Damit
60 stärken wir die Resilienz des Wirtschaftsstandortes Deutschland und machen
61 auch unsere Infrastruktur weniger anfällig.

- 62 • Schleswig-Holstein wird als Wind- und Küstenland auch künftig seiner
63 besonderen Verantwortung gerecht. Wir erwarten von der neuen
64 Bundesregierung, dass sie die in der abgelaufenen Wahlperiode auf den Weg
65 gebrachte Entfesselung der Erneuerbaren Energien im Sinne des
66 Wirtschaftsstandortes Deutschland, der Menschen im Land und ihrer
67 sicherheitspolitischen Bedeutung ungebremst fortsetzt und die Verwendung
68 Erneuerbarer Energien in allen Sektoren voranbringt. Erneuerbare Energien
69 müssen bei der Diversifizierung immer Vorrang haben. Eine Abkehr von
70 dieser Linie würde Schleswig-Holstein schaden und ist mit uns nicht zu
71 machen.

72 **Klima- und Artenschutz sowie Klimaanpassung aktiv angehen**

- 73 • Die Klima- und Biodiversitätskrise gehören international zu den größten
74 Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit. Sie gefährden die
75 Ernährungssicherheit und könnten Teile der Erde unbewohnbar machen.
76 Organisationen wie die NATO, die Weltbank und die Vereinten Nationen
77 weisen mit Nachdruck darauf hin. Klima- und Artenschutz sind eine
78 Grundvoraussetzung für internationale Sicherheit und Stabilität.

- 79 • Klimaschutz und Klimaanpassung sind mit hohen Investitionen verbunden.
80 Eine Reform der Schuldenbremse ist eine unerlässliche Voraussetzung dafür,
81 die Gesellschaft auf dem Weg der Transformation zusammenzuhalten. Für uns
82 ist klar: Sondervermögen und Reformen der Schuldenbremse müssen ein
83 Geschenk an die Zukunft sein und dürfen nicht zur schweren Hypothek für
84 künftige Generationen werden. Ihnen ist nicht damit geholfen, über perfekt
85 sanierte Verkehrswege durch tote Landschaften zu fahren. Deshalb müssen
86 Klimaschutz und Artenvielfalt ebenso finanziert werden, wie andere

87 Infrastrukturen.

- 88 • Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 hat Schleswig-Holstein einen Weg zur
89 Klimaneutralität beschrieben, den es jetzt engagiert und in allen Sektoren
90 konsequent zu beschreiten und auszufinanzieren gilt.
- 91 • Etwa ein Viertel Schleswig-Holsteins ist akut hochwassergefährdet. Die
92 bestehenden wasserwirtschaftlichen Anlagen sowie die
93 Hochwasserschutzanlagen sind den Anforderungen infolge des Klimawandels
94 nicht mehr gewachsen. Wir werden uns weiter für einen zukunftsfähigen
95 Küsten- und Hochwasserschutz einsetzen, im Sinne der Sicherheit der
96 Menschen in unserem Land. Dabei setzen wir insbesondere auf natürliche
97 Klimaanpassungsmaßnahmen, die einen Mehrfachnutzen für die Artenvielfalt,
98 den Tourismus und die Steuerzahler*innen mitbringen. Klimaanpassung macht
99 unser Land widerstandsfähiger, artenreicher und sicherer.

100 **Demokratie nachhaltig schützen**

- 101 • Unsere demokratische Gesellschaft steht massiv unter Druck. Sie wird von
102 innen wie außen bedroht. Die diversen Krisen der vergangenen Jahre
103 überlagern sich zunehmend. Immer häufiger wird dabei auch die Demokratie
104 selbst infrage gestellt. Dem setzen wir uns entschieden entgegen und gehen
105 die komplexen Herausforderungen an. Dafür braucht es neben der
106 regelmäßigen Überprüfung und Weiterentwicklung verfassungsrechtlicher
107 Schutzmechanismen auch Maßnahmen zur Stärkung der politischen Bildung:
108 auskömmliche Projektbudgets, starke Bildung für nachhaltige Entwicklung
109 und mehr und besserer Politikunterricht an Schulen stärken unsere
110 Demokratie und machen unser Land sicherer. Vereine, Verbände und
111 Initiativen sind der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Wir
112 unterstützen sie und ermuntern sie auch, politisch für die Demokratie
113 einzutreten.
- 114 • Die Transformation zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft bedeutet für
115 viele Menschen große Anstrengungen. Deshalb fordern wir auf Bundesebene
116 einen Bürgerrat zur Vorbereitung eines breit getragenen
117 Transformationskonsenses, der insbesondere Fragen der Lastenteilung,
118 sozialen Flankierung und Finanzierungsverantwortung beinhaltet. Der
119 gesellschaftliche Zusammenhalt bleibt der wichtigste Schutz gegen Angriffe
120 auf unsere demokratischen Errungenschaften. Deshalb braucht es

121 einenparlamentarisch möglichst breit getragenenKonsens, der der Spaltung
122 unseres Landes entgegenwirken kann.

123 • Unser Staat steht vor großen Zukunftsaufgaben – und wird zugleich häufig
124 als behäbig empfunden. Ein funktionierender Staat stärkt durch seine
125 menschenzentrierte und effiziente Verwaltung demokratische Stabilität. Die
126 Umsetzung bereits getroffener Entscheidungen muss für die Bürger*innen
127 spürbar sein und sie entlasten.Dazu gehören effektiver Umwelt- und
128 Klimaschutz, eine schnelle Digitalisierung, eine zeitgemäße Bildung und
129 ein wirkungsvolles und nahbares Sozialsystem. Hier braucht es keine blinde
130 Deregulierung, sondern strukturelle Reformen und mehr Schub bei der
131 Digitalisierung, um schon lange festgeschriebene Ziele besser
132 durchzusetzen.

133 • Eine starke Demokratie lebt auch von Beteiligung. Doch viele Menschen
134 fühlen sich politisch nicht mehr gehört – ein Gefühl, das populistische
135 und rechtsextreme Kräfte gezielt ausnutzen. Dem müssen wir aktiv
136 entgegenwirken. Politik muss Räume schaffen, in denen Bürger*innen sich
137 ernst genommen fühlen und relevant mitgestalten können. Es braucht neben
138 klassischen Formaten innovative und zeitgemäße Beteiligungsmöglichkeiten,
139 um auch jene einzubinden, die sich Beteiligung bisher nicht leisten können
140 – sei es aus Zeit- oder finanziellen Gründen. Digitale Plattformen,
141 aufsuchende Formate und Dialoge in Betrieben oder Quartieren wollen wir
142 unterstützen und neue Formate „out of the box“ entwickeln.

143 **Kindern und Jugendliche stark machen**

144 • Die Herausforderungen unserer Zeit werden die Kinder und Jugendlichen von
145 heute ihr ganzes Leben begleiten. Darauf müssen wir sie vorbereiten und
146 dabei müssen wir sie mitnehmen. Die Bedürfnisse von Kindern und
147 Jugendlichen gehören in den Mittelpunkt. Wir müssen aus den Erfahrungen
148 der Coronazeit lernen und sowohl die Rechte von Kindern und Jugendlichen,
149 als auch die Aufwachsens- und Entwicklungsbedingungen in den Blick nehmen.
150 In Krisenjahren ist es besonders wichtig, dass Kinder und Jugendliche auch
151 positive und altersangemessene Erfahrungen machen und Freiheiten erfahren
152 können. Deshalb müssen Kindertagesbetreuung, Ganztagsbetreuung, Angebote
153 der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und auch Kinder- und Jugendfreizeiten
154 angemessen unterstützt und gestärkt – und wo notwendig auch
155 infrastrukturell modernisiert werden. Auch sie stärken unsere Demokratie
156 und damit unser Land.

157 **Arbeitsmarktintegration**

- 158 • Der demografische Wandel stellt Deutschland vor Herausforderungen, denen
159 wir vorausschauend begegnen müssen. Unsere Gesellschaft altert. Diese
160 Tendenz wurde zwar durch Zuwanderung und Geburten etwas abgebremst.
161 Dennoch stehen wir in Bereichen der Infrastruktur, des Wohnungsbedarfes,
162 der Sozial- und Gesundheitssysteme vielschichtigen Herausforderungen
163 gegenüber. Wir machen uns daher für eine schnellere und
164 nachhaltigere Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt stark und
165 begrüßen, dass sich Schleswig-Holstein bereits auf den Weg gemacht hat:
166 Die Verstetigung des Pilotprojekts „Grundkompetenzscreening“ in den
167 Landesunterkünften, die Überwindung bürokratischer Hürden und insbesondere
168 die Anerkennung von Berufsqualifikation sind wesentliche Bausteine, damit
169 Integration vom ersten Tag an funktionieren kann.

170 **Desinformationen stoppen und vorbeugen**

- 171 • Der digitale Raum und insbesondere die großen sozialen Netzwerke in den
172 Händen weniger Milliardäre werden zunehmend zur Gefahr für Demokratie und
173 Meinungsfreiheit. Der Feldzug gegen die liberale, rechtsstaatliche
174 Demokratie wird längst aus den sozialen Netzwerken heraus geführt.
175 Extremisten verbinden sich mit autoritären Regimen, manipulieren Diskurse
176 und verbreiten gezielt Desinformation. Eine wehrhafte Demokratie erfordert
177 eine starke und transparente Regulierung dieser Plattformen. Neben guten
178 gesetzlichen Grundlagen braucht es starke Aufsichtsbehörden, um diese auch
179 durchsetzen. Der grüne Weg der digitalen Souveränität soll weitergegangen
180 werden. Unserer Landesverwaltung kommt dabei eine Vorbildrolle zu.
- 181 • Die öffentlich-rechtlichen Medien ebenso wie ein breites Portfolio
182 privater Medien sind wesentliche Hüter des demokratischen Diskurses. Wir
183 werden uns dafür einsetzen, die Medienvielfalt im Land ebenso zu stärken,
184 wie die Pressefreiheit und die öffentlich-rechtlichen Medien geschützt
185 werden müssen. Insbesondere die Präsenz journalistisch hochwertiger
186 öffentlich-rechtlicher Medienangebote in den sozialen Netzwerken muss
187 ausgebaut werden.

Begründung

Grüne in SH machen seit langem auf die sich rasant ändernde Sicherheitslage und das bundesweit zu enge

Sicherheitsverständnis aufmerksam. Wiederholt wurden konkrete Vorschläge zur Erhöhung der Resilienz und Wehrhaftigkeit unserer Demokratie vorgelegt. Angesichts der jüngsten Ereignisse machen wir unsere Haltung mit diesem Antrag nochmal sehr klar und entwickeln unsere Position weiter.

Unterstützer*innen

Dirk Kock-Rohwer (KV Plön), Joschka Knuth (KV Flensburg), Mathias Schmitz (KV Pinneberg), Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg), Steffen Regis (KV Kiel), Rebecca Bräutigam (KV Rendsburg-Eckernförde), Silke Backsen (KV Nordfriesland), Ralf Hübner (KV Pinneberg), Philipp Schmagold (KV Plön), Marilla Meier (KV Lübeck), Dietmar Gosch (KV Stormarn), Stephan Wisotzki (KV Lübeck), Luca Brunsch (KV Kiel), Silke Schneider (KV Lübeck), Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn), Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg), Josefine Möller (KV Steinburg), Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde), Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg), Kurt Reuter (KV Stormarn), Moritz Bührmann (KV Kiel), Karl-Martin Hentschel (KV Plön), Sophia Marie Pott (KV Lübeck), Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg), Fabian Osbahr (KV Segeberg), Andreas Bartelt (KV Segeberg), Silke Schiller-Tobies (KV Kiel), Kai Gaertner (KV Stormarn), Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg), Jörn Pohl (KV Kiel), Malte Krüger (KV Steinburg), Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg), Jan Kürschner (KV Kiel), Gazi Freitag (KV Plön), Anett Schwab (KV Plön), Maya Diederichs (KV Kiel), Ulrike Täck (KV Segeberg), Irja-Iven Meesenburg (KV Lübeck), Katrin Stange (KV Pinneberg), Vera Hanel (KV Stormarn), Ben Lüdke (KV Steinburg), Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde), Birgit Asmus-Mrozek (KV Steinburg), Daan Steinebach (KV Schleswig-Flensburg), Cornelia Bothe (KV Nordfriesland), Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg), Anne Birke (KV Schleswig-Flensburg), Carsten Nielsen (KV Flensburg), Jörg Lange (KV Schleswig-Flensburg), Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde), Annette Granzin (KV Ostholstein), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Eva-Clarita Pettai (KV Flensburg), Samet Yilmaz (KV Kiel), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Thomas Abraham (KV Neumünster), Zoé Engel (KV Kiel), Hans Heinrich Voigt (KV Neumünster), Martin Lätzel (KV Rendsburg-Eckernförde), Conny Clausen (KV Flensburg), Reimo Schaaf (KV Ostholstein), Norbert Tretkowski (KV Schleswig-Flensburg), Peer Lessing (KV Pinneberg), Marcel Beutel (KV Ostholstein)